

Landeszeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Landeszeitung“ erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.60 Goldmark, durch Anzeigenbezug 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark u. 40 Goldmark Postgebühren. 4 Hefen der Anzeigen-Nummern über vierwöchige. Die Anzeigen werden nach Reihen-Zellen berechnet; die Zeile 0.25 Goldmark für fünfzigmal, die im gleichen Wert laut in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Derzeitige: diese Dienstleistungen in a. O. Deutscher Platz 73. Druck-Verlag: „Landeszeitung Halle“.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Deutsche Reichsriegsverband „Koffhäuser“ gibt bekannt, daß die diesjährige Sitzung seines Vorstandes und des Rechnungsausschusses am Sonnabend, dem 9., und Sonntag, dem 10. Mai d. J. auf dem Koffhäuser stattfindet. Der 12. Abgeordnetentag des Preussischen Landes-Kriegsverbandes findet am Montag, dem 6. Juli d. J., in Neu-Ruppin statt.

Zu den Gerüchten, daß die Zentrumsgesandten u. Kapen und Unruh ihre Mandate niederzulegen hätten, erfahren wir, daß weder bei der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags noch beim Bureau des Landtags bisher eine solche Mitteilung eingegangen ist. Die Nachricht, daß die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags ihre Aufforderung an die beiden Abgeordneten Unruh und v. Kapen ihre Mandate niederzulegen, zurückgenommen hätte, wird widerzogen.

Im Ruhrgebiet fand die Bergarbeiter der Aufarbeitung der Kommunitäten, die Arbeit eine Stunde vor Ablauf der bis jetzt in Schichtarbeit niederzulegen und die frühere Ausschicht zu erzwingen, nicht gelang. Somit bisher bekannt geworden ist, wurde auf allen Gebieten die achtstündige Schicht verfahren. Zu Ausföhrungen ist es nicht gekommen.

Wie von nachstehender Seite mitgeteilt wird, sollen die Verhandlungen der deutschen Delegation in Moskau neben dem Handelsvertrag mit Sibirien auf die Regelung anderer wichtiger wirtschaftlicher Fragen auf dem Gebiete der Seeschifffahrt, des gewerblichen Rechtsschutzes und der Anerkennung und des Schutzes deutscher Patente ausgehend werden.

Entsprechend dem am 13. Januar mit Polen abgeschlossenen Protokoll sind Dienstag im Auswärtigen Amt in Berlin die beiderseitigen Delegationen zur Eröffnung der Handelsvertragsverhandlungen zusammengetreten.

Das französische Kriegsgericht in Wiesbaden verurteilte drei Deutsche wegen Besitzes von Radiopartnern zu 200 bis 800 Mark Geldstrafe.

Nach der Feststellung des Schulausschusses der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei wurden in Böheim, Mähren und Schlesien im gegenwärtigen Schuljahr über 500 deutsche Schulklassen gesperrt. In Mähren sind die gesamten 20 Prozent der deutschen Lehrerschaft abgebaut worden.

Zu der in Tiflis beginnenden dritten Tagung der Zentralregulativkommission sind die Mitglieder des Reichsausschusses der Kommission und beinahe alle Mitglieder der Zentralregierung dort eingetroffen. Aus diesem Anlaß fand eine große Parade der nationalen georgianischen Truppen, eine Demonstration der Arbeiterklasse, der Studentenklasse und anderer Körperschaften statt.

Die turkische Rebellion scheint nun an Ausdehnung zu gewinnen. Die Regierung von Ankara hat zu dem Zweck, die von den türkischen Soldaten in der Nähe von Sivas bei Diarbekir kämpfende, eine zweite Kolonne rückte östlich von Moush vor, eine dritte nördlich 20 Meilen westlich von Khorat. In Moush lag das Munitionsdépôt in der Luft. Etwa 100 Kurden und 60 Bewohner der Stadt wurden getötet. Ein türkischer Heeresbericht behauptet, daß die türkische Armee Erfolge gegen die Kurden davongetragen habe.

Im japanischen Unterhaus wurde mit großer Mehrheit das neue Wahlrechtsgesetz angenommen, welches dem zehn Millionen Männer mehr das Wahlrecht erhalten. Das Gesetz geht nun an das Oberhaus.

Der amerikanische Oberste Appellationsgerichtshof hat gegen die New York and Portorico Steamship Company aus einer Geldstrafe von 1000 Dollar für jeden fremden Passagier, der von den Vereinigten Staaten befreit wurde, erkannt. Die Vereinigten Staaten hatte nur eine Geldstrafe von 400 Dollar verhängt.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen den Anstich in Kholm in Ostgalizien haben sich in Kholm und umliegende Vorstellungen getroffen worden, um Aufhebungen zu verhindern. „New York Herald“ will wissen, daß das Standrecht in Kholm de Chile verhängt worden ist.

„Times“ meldet aus Valparaiso, daß die dortige Regierung in den Provinzen Santiago, Valparaiso und Antofagasta den Belagerungszustand über die gesamte Provinz in Chile verhängt. In Santiago sind umfangreiche Vorkehrungen getroffen worden, um Aufhebungen zu verhindern. „New York Herald“ will wissen, daß das Standrecht in Kholm de Chile verhängt worden ist.

Reichspräsidentenwahl am 29. März.

Vorläufiger Beschluß; endgültige Entscheidung über den Wahltag am 6. März.

In der Reichstagskammer fand gestern unter Vorsitz des Reichspräsidenten sowie unter Teilnahme des Reichsministers des Innern eine Besprechung mit den Parteiführern über den Zeitpunkt der Neuwahl des Reichspräsidenten statt. Von Seiten der Reichstagsparteien nahmen an der Besprechung teil: die Abgeordneten Müller-Krausch, Dirrmann, Graf Welser, Lambach, Krichbaum, Becker-Arensberg, Scholl, Jaffé, Koch, Eckardt, Leide.

Es wurde der 29. März als Wahltag in Aussicht genommen. Der Wahltermin wird nach dem Gesetz durch einfachen Beschluß des Reichstages festgesetzt. Dieser Beschluß des Reichstages soll am Freitag, dem 6. März, erfolgen.

Für den Fall, daß ein zweiter Wahltag noch als notwendig erwiesen sollte, ist der 26. April als Termin in Aussicht genommen, weil gegen die Wahl an einem früheren Feiertage oder einem sonst öffentlichen Feiertage zu bestimmenden Werten das Bedenken erhoben wurde, daß dann kirchliche Feste verlegt werden oder die Wahltagung in die Karwoche verlegt würde.

Die amtlichen Wahlvorbereitungen beginnen sofort.

Der Reichsminister des Innern hat die Landesverwaltungen durch Rundtelegramm vorläufig ermächtigt und sie darum gebeten, alle Vorbereitungen für die Wahl des Reichspräsidenten sofort in Angriff zu nehmen und die Gemeinden dahin anzuweisen, daß sie spätestens bis zum 18. März die Ausweisung der Wählerlisten zu ermöglichen. Die Wählerlisten der letzten Reichstagswahl sollen möglichst verwendet und nach dem neuen Stand ergänzt werden. Ein besonderes Geheiß über die Vornahme der Wahl ist nicht erforderlich, der Reichstag legt einfach durch Mehrheitsbeschluß den Wahltermin fest.

Bei den gestern Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Parteiführern war der Wunsch maßgebend, die Wahl möglichst frühzeitig anzusetzen. Es wurde insbesondere in Er-

wägung gezogen, ob nicht der erst erforderliche weite Wahltag näher an den ersten Wahltag herangerückt werden könne. Zur Festsetzung des Termines des ersten Wahltages wird mindestens ein Zeitraum von vierzehn Tagen erforderlich sein. Der Palmsonntag, der 5. April, der Ostermontag und der 19. April, der sogenannte weiße Sonntag, eignen sich sämtlich nicht zu einer Wahl. Der Palmsonntag ist in der evangelischen Kirche der übliche Konfirmationstag, und der weiße Sonntag ist in der katholischen Kirche der Karfreitag. Da auch die Karwoche für die Wahl nicht in Frage kommt, so blieb nichts anderes übrig, als für den zweiten Wahltag den 26. April vorzuschlagen.

Die preussischen Gemeinden sind bereits vom preussischen Minister des Innern angewiesen worden, die Aufstellung der Wählerlisten möglichst zu beschleunigen.

Die Pressestelle des preussischen Staatsministeriums teilt mit: Bei der Schulerfeier zum Gedächtnis des Herrn Reichspräsidenten in der Oper am Sonntag, den 22. März, wird außer dem Unterrichtsminister Dr. Becker auch Ministerpräsident Mars eine Ansprache halten.

Herr Mars, der vorläufige aussichtsreichste linke Reichspräsidentkandidat, achtet etwas weit in seiner Wahlpropaganda. Aber als Zentrumsmann scheint ihm die Wirkung über die Schulter auf die Eltern wichtiger als die Gefahr, mit dieser Geheiß sich etwas falsch zu machen. Ob er demnach auch in einem Säulengangs im den Neugeborenen redet, um die Mütter zu gewinnen?

Der erste offizielle Kandidat.

Wie die „Mote Rabe“ meldet, heißt der Zentrale der SPD. als Präsidentenkandidat den Reichstagsabgeordneten Ernst Thälmann aufzustellen.

Man kann nur sagen: Ausgerechnet Thälmann. Um übrigen ist es der reine Hohn, daß die Kommunisten bei ihrer erbitterten Feindschaft gegen den jetzigen Staat überhaupt einen Präsidentenkandidaten bestimmen. Natürlich hat er nicht die geringste Aussicht.

Trauerfeier des Landtages.

Der Tisch des Präsidiums war am Dienstag mit Vorbedeckten und schwarzem Zeug bedeckt. Am Ministerpräsidenten, Ministerpräsident Mars und die übrigen Mitglieder des preussischen Kabinetts. Sämtliche Mitglieder des Landtags waren vertreten, nur die Hälfte der Kommissarien waren leer. Präsident Bartels eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr und nimmt sofort, während die Anwesenden sich von den Plätzen erheben, das Wort zu seiner Gedächtnisrede. Präsident Bartels führte aus:

„Meine Damen und Herren! Nach einem kurzen, aber schmerzvollen Krankenlager ist am 28. Februar Reichspräsident Friedrich Ebert aus dem Leben geschieden. Im ganzen Reich und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus hat dieser Verlust tiefes Trauer und warme Anteilnahme erweckt. Sechs Jahre lang hat Ebert sein verantwortungsvolles Amt bekleidet, sechs Jahre schwerer Aufgaben für das Reich, in denen die allergrößten inneren und außenpolitischen Schwierigkeiten zu lösen waren. Seine überlegene Sachkenntnis, sein Verantwortungsgefühl und die Staatsklugheit mit der er die Interessen seines Vaterlandes zu wahren verstand, hat nicht nur in der Heimat, sondern auch im Ausland Achtung vor seiner überragenden Persönlichkeit und reiche Anerkennung hervorgerufen.“

Den anerkennendsten Worten in der Anrede des Reichspräsidenten: „Friedrich Ebert hat dem Deutschen Volk, dem deutschen Vaterland in schwerer Zeit als aufrechter Mann gedient“, schließt sich der preussische Landtag als Vertretung des preussischen Volkes in dankbarer Erinnerung an den Verstorbenen voll an.

Sie haben sich, meine Damen und Herren, von Ihren Plätzen erhoben und damit zum Ausdruck gebracht, daß der preussische Landtag in tiefer und aufrichtiger Trauer des Dahingegangenen gedenkt.

Die Rede wurde ohne jede Unterbrechung angehört. Der Präsident schlug dann vor, die Sitzung zum Gedenken der Trauer abzugeben und die nächste Sitzung abzuhalten.

am Donnerstag mittag um 12 Uhr mit der Tagesordnung: Anträge zum Dormundener Grübenungsgesetz. Das Haus stimmte dem Antrag zu. Nach Schluß der Sitzung erschien der Abg. Viet (Komm.) im Saal und verlangte das Wort zur Geschäftsverteilung. Der Präsident verweigerte ihm aber das Wort. Viet sprach darauf in milder Schmeichelei, verließ aber schließlich auch den Saal.

Vorbereitungen zur Trauerfeier.

Die Vorbereitungen für die Trauerfeier anlässlich der Ueberführung des verstorbenen Reichspräsidenten sind in vollem Gange. Die Gesamtleitung liegt in den Händen des Reichsstaatssekretärs Dr. Meißel, die Durchführung ist der Reichsbaubehörde übertragen. Die ganze Ausstattung ist auf Würde gestellt.

Überall, wo der Zug geht, sollen die Laternen unter schwarzem Trauerschleier brennen, die Laternen sind mit Grün umhüllt. Wo uralte Farben führen, wie bei den Verfassungen, werden sie verbleicht, und da, wo ein bestimmtes Bild erforderlich werden sollte, wie in dem altesiam in einem Trauerschleier gewebenen abgesehenen Teil der Wilhelmstraße vor dem Hause des Reichspräsidenten wurden Postamente mit Decken aufgestellt.

Besondere Vorkehrungen sind vor dem Reichstag getroffen, wo von der Volkswirtschaft die große Widderfeier unter freiem Himmel geplant ist. Das Wort des Reichstages erhebt hierzu einen einfachen Schluß. Am Donnerstagabend wird der Aufbau für den Zug in der Mitte der Vorparade und eine Verkleidung der Wände der Vorhalle einrichtet.

Der Reichstag genehmigte den Entwurf eines Gesetzes zur Uebernahme der durch das Ableben des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf das Reich. Der Text der Vorlage enthält nur die Bestimmung: „Die Reichsregierung wird ermächtigt, die aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf Reichsmittel zu übernehmen.“

Branting und die Internationale.

In dem Nachruf, den der „Vorwärts“ dem am 24. Februar 1925 verstorbenen S. J. M. Branting widmet, ist die Rede von der Unabkärbarkeit des Genossen Branting gegen seinen deutschen Lehrmeister. Es heißt nämlich in der Nummer 46 vom 24. Februar 1925: „Branting und die ihm gleichstehenden hatten zweifellos viel von der deutschen Sozialdemokratie gelernt. Für die deutsche Sozialdemokratie aber war es ein harter Schlag, daß Branting sich nicht darauf beschränkte, Schwedens Neutralität zu verteidigen, sondern daß er sogar lebhaft Sympathien für die Gegner Deutschlands im Weltkrieg an den Tag legte.“

Welcher Art diese Sympathien gewesen sind, darüber unterrichtet uns in ausgezeichneter Weise die im Verlag der Deutschen Vereinigung erschienene Schrift des Hauptfraktionleiters Carl Zofel Köhler: „Die Internationale“. Es heißt darin: „Ausgesprochenen Agent der Entente regierte er in der ersten Hälfte des ganzen Krieges vor der Führer der schwedischen Sozialisten Branting, der von Verlogenheit und Verschlagenheit nur noch von Willen übertröten wird. Er besuchte im Herbst 1914 die englischen Munitionstransporte durch Schweden nach Rußland als legitimen Handel; am 23. Februar 1915 erklärte er den Boykott deutscher Waren als durchaus berechtigt, am 3. April 1915 wünschte er als „warmer Deutschlandfreund“ die Niederlage des verpreudten Deutschlands, am 17. April 1915 schrieb er in seinem Brief an Schwedens Interzelle am Siege der Westmächte hänge.“

Am 25. Oktober 1915 wurden die Genossen Dr. Jaeger, Dr. Berlin und Prof. Dr. Sultan Steffen auf Brantings Antrag mit dreieriertel Mehrheit wegen „ausdrücklich deutschfreundlichen Haltung“ aus der schwedischen Partei ausgeschlossen. Steffen beantwortete seinen Ausschluss folgendermaßen: „Ich bekenne mich ausdrücklich schuldig der unangenehmsten Lobworte, daß ich Deutschlands Sieg als notwendige Voraussetzung für Fortschritt, Demokratie, Sozialismus, Pazifismus ansehe.“ Branting besuchte 1916 die französische Front und ließ sich auch in dem von den Franzosen besetzten Südwestzipfel des Elsaß herumführen.

Wie die deutschen Genossen als unbenutzte Helfer der Entente von Branting benutzt wurden, trat klar aus dem Stockholmer Sozialistenkongress im September 1917. Die Regierung Bethmann-Hollweg stellte für diese Konferenz bedeutenden Pässe und Reisegeld nach Belieben zur Verfügung. Denn auch diese armselige Regierung hoffte auf die Hilfe der Internationale. Branting trat ihnen endlich den Gefallen und lud die Sozialisten aller Länder nach Stockholm auf den 9. September ein. Hören wir das Echo auf diese Einladung! Die englische Arbeiterpartei beschloß am 10. August, die Konferenz zu besuchen und stellte folgende Forderungen: Deutschland tritt sich zurück, Belgien ab, Österreich Südtirol, die Türkei Mesopotamien, Arabien, Syrien, Deutschland gibt Entschuldigungen, und seine Kriegsverbrechen werden einem internationalen Gerichtshof vorgeführt; kein Wort von der Unabhängigkeit Irlands, Indiens, Ägyptens! Trotzdem genigte das der englischen Regierung nicht, sie verweigerte die Pässe.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs hat in seiner Sitzung vom 5. März 1917 beschlossen, die Wiederherstellung der Interkontinente bis zum Siege der Entente zu verhindern. Auf die Einladung nach Stockholm erklärten sich die französischen Sozialisten bereit nach Stockholm zu gehen, mit folgendem Programm: Die französische Sozialdemokratie will in Stockholm Deutschland als den Schuldigen am Kriege und an allen Verbrechen dieses Krieges aburteilen und die deutschen Sozialdemokraten zwingen lassen, gegen ihre Regierung aufzutreten“. Selbstverständlich verlangten auch die französischen Sozialisten die Herausgabe von Elsaß-Lothringen und lehnten die deutsche Forderung nach Freiheit der Meere ab. Trotzdem genigte das der französischen Regierung nicht. Sie verweigerte die Pässe der französischen Sozialisten, wie es auf einer von ihnen mit einigen neutralen Genossen in Stockholm

Ende Mai abgehaltenen Konferenz aufgestellt worden war. Kein Wort von einem Bericht der Feinde, dagegen verlangten die österreichischen und ungarischen Sozialisten Widerlegung von Seiten Deutschlands. Aber trotz allem Entgegenkommen war der Versuch der deutschen Sozialisten, durch die Internationalen den Frieden zu bringen, vollständig fehlerlos.

Den gleichen Erfolg brachte der Internationale Gewerkschaftskongress in Bern. Auch ihm fehlte das Internationale, indem von keinem einzigen der 25 bis 30 Entente-Länder nur ein Vertreter zugegen war. Ein förmliches Verbot war nur von der französischen Regierung an ihre Vertreter ergangen. Die englischen und amerikanischen Gewerkschaften hatten glatt abgesehen.

„Genosse“ Branting benutzte die fortwährenden Besuche Scheidemanns in Stockholm, um ihn über die Lage in Deutschland auszufragen und seine Informationen an die Entente weiterzugeben. Es ist z. B. beobachtet worden, daß „Genosse“ Branting am Tage nach dem Scheidemannbesuch bei dem italienischen Konsul vorsprach.

So hat die Internationale, so deren hervorragenden Vertreter Branting gebürtig, kräftig dazu beigetragen, Deutschland zum Erliegen zu bringen.

Der „Vorwärts“ fährt in seinem Nachruf fort: „Der Frieden von Versailles hat auch ihm (Branting) wie so vielen andern, die geglaubt hatten, mit der Entente für Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen, eine bittere Enttäuschung gebracht.“

Wir wünschen allen denen, die in den letzten zehn Jahren die Notwendigkeit nationaler Unabhängigkeit und nationalen Handels nicht erkannt haben, daß sie sich endlich von den verkehrten Lehren der Internationalen abwenden, um sich vor weiteren „bitteren Enttäuschungen“ zu bewahren. Barsa.

England gibt der Stadt Danzig eine Anleihe.

Der Stadtbürgerchaft von Danzig ist die Vorlage des Senats für eine städtische Anleihe zugegangen. Diese ist die erste Anleihe, welche die Stadtgemeinde Danzig im Ausland aufnimmt. Der Kapitalmarkt im Innern ermöglicht es nicht, daß die Stadt ihr Anleihebedürfnis in Danzig selbst deckt.

Doch ist es möglich, in England Geldgeber zu finden. Diese Geldgeber sind, wie verlautet, bereit, die Garantie zu übernehmen, daß ein Betrag von 37 1/2 Millionen Gulden nominal in London auch tatsächlich gezeichnet werden wird.

Die Verwendungszwecke der Anleihe sind ausschließlich wirtschaftlicher Art. Der Hauptbetrag der Anleihe wird durch die an erster Stelle stehenden Erweiterungen der städtischen Betriebe, besonders des Elektrizitätswerkes, verwendet. Nächste den Betrieben wird ein Betrag von über 11 Millionen Gulden für die Beschaffung von Schuppen, Speichern und Kränen am Kaiserhafen vorgesehen. Ein Teilbetrag hiervon soll vorübergehend dem Selbstausbau als Darlehen für die Erweiterung des Danziger Hafenanlagen angeboten werden. Die Bedingungen der Anleihe sind ähnlich denjenigen der deutschen Reparationsanleihe.

Das blaue Zimmer.

Roman von José Breda.

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ohne daß ich es wollte, hatte er sich um Hilfe an einen einzigen, noch lebenden Verwandten gewendet, ihm seine Notlage geschildert. Es war dies ein alter Junggeselle, der vor den Lagen des Lebens ein Landhaus besaß, ein uraltes Herrenhaus, das seit Jahrhunderten der Familie Sahlingen gehörte! Dieser Oheim besaß ein Stück Land, und übernahm ihm zugleich eine Anleihe von 3000 Mark. Sein Vater übernahm fast die ganze Summe und verließ ab, er schrieb mir nur selten und keine Rückübertragungen bis zum Monat zu Monat, endlich hörte ich seine Briefe ganz auf.“

Du kamst in jener Zeit zur Welt und ich lag lange Zeit krank darnieder. Als ich wieder genesen war, teilte ich mit dir nach Hannover. Das Geld, das dein Vater mir geschickt war sehr zum Zusammenkommen, und ich mußte also aufpassen, meinen Vater zu finden, wenn ich nicht in bittere Not geraten sollte.“

Schon am nächsten Tage nach meiner Ankunft in Hannover fuhr ich nach Sahlingen Haus.

Die Adresse wurde ich genau durch die Briefe meines Vaters und ich war erstaunt, wie weit draußen vor der Stadt das Haus gelegen war.

Es war Anfang November, er trübte, kalte Herbstniederschlag, als ich an dem hohen Gittertor der Einfahrt stand.

Ein alterer Diener in dunklen Anzug öffnete mir und fragte mich nach meinen Wünschen. Ich sah ihm meinen Namen nannte, als ich mich vorwärts und erlief und führte mich durch einen hohen Busch zu einem wunderschönen alten Park, ein langgestrecktes Gebäude, das im Waldesfuß bis zum Dach umrannte. Traut und heimlich war der große Salon im Erdgeschoss, dessen Tür der Diener für mich öffnete. Besonnen trat ich ein. Der große Saal, dessen Höhe lag über diesem Raum. Er sprach

Garantie. Das wird angeführt der polnischen Ablichten auf Danzig wird heißen und gibt auch denjenigen Stimmen aus England zur Frage des Sicherheitspaktes eine besondere Bedeutung, die es zu tun absehen, irgendeine Sicherungsgarantie für die jetzigen Grenzlinien im Osten zu geben. Es sieht ganz so aus, als ob die englische Diplomatie hier durch den Mund der Banken den politischen Erörterungsgelassen einen energiegelichen Riegel vorsetze.

Reichsbanner und Kommunisten.

Zu aufgeregten Szenen kam es in Köln in einer Verammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in der der Vorsitzende des Reichs-

Kontrollbericht und Sicherheitsfrage.

Der Beschluß der Botschafterkonferenz Die Botschafterkonferenz tagte Dienstag in Paris. Das Schluß der Sitzung wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Die Botschafterkonferenz hat in ihrer heutigen Sitzung den Bericht der internationalen Kontrollkommission für Kriegsergebenheiten angenommen. Es wurde beschlossen, nähere Aufklärung über gewisse Punkte des Berichtes von dem internationalen Militärkommissionär zu erbitten. Ein neuer Bericht (das heißt ein neues Gutachten) wird im Laufe der Woche ausgearbeitet und der Botschafterkonferenz auf ihrer nächsten Sitzung vorgelegt. Die Sitzung der Botschafterkonferenz, in der sie sich erneut mit dem Kontrollbericht befassen wird, ist auf Freitag festgesetzt.

Nach den Pariser Blättern handelt es sich, wie schon gestern kurz mitgeteilt, um folgende Punkte, die scharfer präzisiert werden sollen: Klärung des deutschen Groben Generalplans, umständliche Umleitung der Kriegsbetriebe auf Friedensfabrikationen, übermäßige Mannschafteinsatz, übermäßiges Kriegsmaterial, Militarisierung der Polizei. Das Militärkomitee wird weitens aufgefordert, Maßnahmen zur Durchführung der deutschen Abrüstung festzusetzen, die gleichzeitig die Erfüllung des Artikels 429 (Näherung der Röhrenzone) gewährleisten.

Deutschlands Verhandlungsbereitschaft.

Von unentdeckter Seite wird mitgeteilt: Die Mitteilungen der in- und ausländischen Presse über deutsche Schritte in der Sicherheitsfrage beruhen zum größten Teil auf Kombinationen. Tatsache ist, daß in den letzten Wochen in den alliierten Hauptstädten diplomatische Konversationen über die Sicherheitsfrage stattgefunden haben.

Dabei ist deutscherseits, wie dies bereits in der öffentlichen Rede des Reichsanzalters geschehen war, die Bereitschaft der Reichsregierung zur positiven Mitarbeit an der Lösung der Sicherheitsfrage zum Ausdruck gebracht worden.

Ferner sind die alliierten Regierungen davon in Kenntnis gesetzt worden, in welchem Rahmen und auf welcher Grundlage nach neuerlicher Aufklärung eine solche Lösung zu erreichen ist möglich. Es handelt sich hierbei nicht um endgültig formulierte deutsche Vorkläufe oder Anträge, sondern um eine Erörterung der Möglichkeiten, die für die Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen könnten.

zu mir aus den alten Möbeln, den verbliebenen Gobelins, den Schränken und Truhen, den bunten Gemälden, deren breite Bronzerahmen durch die Jähwanderung leuchteten.

„Du mußt dich möglichst um, in dem unbegreiflichen Gefühl des Besatzungsverwehens, und hand einer großen, schlankgebauten Dame gegenüber. Sie war in Trauer und mußte ganz lautlos durch die offene Tür des Nebenzimmers getreten sein.“

Sie wirkte auf mich wie tommendes Unheil, wie ein bühler Schatten.

„Darf ich noch einmal um Ihren Namen bitten?“ sagte sie leise, und ihre großen, schwarzen Augen blickten durchdringend auf meinem Gesicht.

„Martha von Sahlingen, die Gattin Helmut von Sahlingens, der aus dem Brief Ihres Onkels vor sechs Monaten hierher bezuhen wurde! Ich habe ich!“ — war meine Erwiderung. Auch mein Bild hätte sich vorfinden an der Unbekannten, die mich nicht einmal einen Sekel zum Wiedersehen bot. Und ich sah, wie ihr schlankes Gesicht sich furchtbar wurde, schmerzhaft ergaute, oder täuschlich mich das Dämmerlicht.“

„Sie behaupten, Helmut von Sahlingens Gattin zu sein?“ begann sie flüsternd und doch mit lebendiger Stimme. „Beistehen Sie doch mir zu dieser Behauptung!“

„Mir sind in London getraut worden, mein Mann hatte alle Papiere mit sich genommen, als er von Hamburg abreiste!“ begann ich äbgernd.

„Mit welchem Recht legen Sie mir all diese Fragen vor? Ich möchte den Willen dieses Hauses sprechen, den Onkel meines Gatten!“ sagte sie plötzlich laut und bestimmt, dann ein höflicher Ausdruck lag jetzt deutlich auf dem schlanken Gesicht der Unbekannten.

„Mit welchem Recht legen Sie mir all diese Fragen vor? Ich möchte den Willen dieses Hauses sprechen, den Onkel meines Gatten!“ sagte sie plötzlich laut und bestimmt, dann ein höflicher Ausdruck lag jetzt deutlich auf dem schlanken Gesicht der Unbekannten.

„Der Diener fand ihn tot im Bett eines Morgens! Der Arzt konstatierte Selbstmord!“ wiederholte ich langsam, wie im Traum. „Und der Rechtsbeistand, der den Nachlass meines Gatten verwaltete, wie heißt der Name?“ Ich sah mich nach links um. „Der Herr Doktor Fehrlinghofs?“ entsetzte sie sich. „Ich nahm meinen Gehirne und wandte mich mit kurzer Verzweiflung zum Geben.“

„Ich wollte meinem Schmerz nicht freien Lauf lassen unter dem Bild dieser fallen, grau-

banners, Oberpräsident der Provinz Sachsen Söring sprechen sollte. Am Eingang des Saales hatten sich zahlreiche Mitglieder des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes versammelt, die Höflich, der von den Reichsbannerleuten mit großem Beifall begrüßt wurde, mit härmlichen Pfut-Rufen entgegenkamen, so daß die Verammlung zunächst nicht eröffnet werden konnte. Als versucht wurde, die Redeführer aus dem Saal zu weisen, kam es zu einer wilden Schlägerei, bei der mehrere Personen z. T. erheblich verletzt wurden. Schließlich erschien Polizei und machte den Saalengang frei, so daß die Verammlung eröffnet werden konnte.

England lehnt das Genfer Protokoll ab.

Der diplomatische Berichterstatter der Londoner „Daily Mail“ schreibt: Das Urteil des Reichsverordnungsamtes geht dahin, daß von den 16 Klauseln des Genfer Protokolls 9 reiflos ablehnt, und daß weitere entscheidend abgelehnt werden müssen. Unter diesen Umständen habe das Kabinett keine andere Wahl gehabt, als das Genfer Abkommen als unannehmbar abzulehnen in der Überzeugung, daß seine Bestimmungen über offiziarische Schritte, Sanktionen gegen widerrechtliche Staaten und das Verfahren, durch das ein Staat zum Anreifer erklärt wird, eher geeignet seien, zum Krieg als zur Sicherung des Friedens zu führen. Man könne bestimmt damit rechnen, daß Chamberlain nächste Woche in Genf die Schlussfolgerungen betannden, aber gleichzeitige erklären werde, Großbritannien's Haltung sei mehr die eines fremdbildigen Kritikers als eines Opponenten.

Das Kabinett sei sich darüber klar, daß die Ablehnung des Abkommens die Voraussetzungen des Planes der Einberufung einer Abrüstungskonferenz durch den Völkerbund bedeute, es werde daher ein Plan erörtern, der die Stelle sowohl des Protokolls als auch der davon abhängigen Abrüstungskonferenz einnehmen könnte. Es verlaute, daß im Unterbaas Schlussfolgerungen allgemeiner Art erreicht wurden, die folgenden Inhalt hätten: Es ist wünschenswert, daß irgend ein neuer Vorklaus wegen eines Abkommens, wenn möglich mit dem Völkerbund, in Verbindung gebracht werden sollte. Großbritannien beabsichtigt einen Schritt, der seine eigenen Grenzen sowie die von Frankreich und Belgien sicher und Deutschland in einer oder der anderen Form anfaßt. Ein einfacher Pakt für die Garantie der genannten Grenzen ist an sich selbst nicht genügend, aber ein umfassenderes Abkommen, welches entfernt liegende Grenzen im Osten Europas garantiert, ist unmöglich.

Das selbst die fanatisch franzosienfreundliche „Daily Mail“ eine Sicherung der Grenzen in Europa für unmöglich hält, ist ein äußerst wichtiger Hinweis auf eine Neubewertung der englischen Beziehungen zu Deutschland, ähnlich der englischen Anleiheaufkündigung an Danzig.

Deutschnationale und Preußentabinet.

Die deutschnationale Landtagsfraktion trat in ihrer Dienstagssitzung dem am Montag abend von dem Parteivorstand eingenommenen Standpunkt zu dem neuen Vorschlag von Marx hinsichtlich der Kabinettsbildung bei.

Der Vorschlag ging dahin, das Kabinett zusammenzusetzen aus zwei Deutschnationalen, zwei Zentrumsmitgliedern, einem Volksparteiler, einem Demokrat und zwei Sozialdemokraten, unter ihnen Seevering.

Auch die Fraktion war der Ansicht, an einem Kabinett mit Seering sich nicht beteiligen zu können. Im übrigen hielt die Fraktion an ihrem Standpunkt fest, daß das gegenwärtige Kabinett nicht als gefahrführendes Ministerium aufzulösen sei, das berechtigt wäre, wesentliche Regierungsmaßnahmen zu treffen.

Seevering verzichtet auf ein Ministerposten.

Die Frage der Kabinettsbildung in Preußen seit der „Normandie“ mit, daß Seering aus gesundheitlichen Gründen den „Anschluß“ von seinem Mandat als Preußischer Innenminister entbunden zu werden. Die Koalition von Zentrum und Demokrat mit Seering als Finanzminister noch einmal zum parlamentarischen Kampfe herauszufordern, scheint also nicht möglich zu sein. Das Blatt hält es für wahrscheinlich, daß die Wahl des Ministerpräsidenten, die für den 10. März vorgesehen war, weiter vertagt werde.

Regierungsvorläge zur Invalidenversicherung.

Dem Reichstage ist eine Regierungsvorlage über Zusatzleistungen für Rentner aus der Invalidenversicherung zugegangen. Danach werden bei der Invalidenrente 10 Prozent der seit dem 1. Januar 1924 gültig entrichteten Beiträge als Steigerungsbetrag gezahlt. Ferner wird für jede ordnungsgemäß verwendete Beitragsmarke der bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen 3, 4 und 5 ein Steigerungsbetrag gezahlt, der für jede Beitragsmarke in der Lohnklasse 3 4 Pf., in der Lohnklasse 4 8 Pf. und in der Lohnklasse 5 12 Pf. beträgt. Das Gesetz soll ab 1. April 1925 in Kraft treten.

Der französische Präsident hat den Botschafter in Berlin de Montherlant mit seiner Vertretung bei den Seefestungsfeierlichkeiten in den verstorbenen Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als außerordentlichen Gesandten beauftragt.

Um der Trauer der Reichsbeamten über den Tod des Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen, hat die Reichsregierung beschlossen, daß die Reichsminister und die leitenden Beamten der Reichsministerien während der Dauer von vier Wochen nach dem Tode des Reichspräsidenten sich der Teilnahme an allen gesellschaftlichen Veranstaltungen amtlicher oder halbamtlicher Art enthalten.

Übler Mundgeruch

wird abtöndend höchst gefürchtete Zähne entstellen das schmale Gesicht. Keine Schmalzmittel werden sofort in vollkommen ungeschädlicher Weise beseitigt durch die Zahnpasta Chlorodont. überall zu haben.

leben Augen. In der Dialekt erdortete mich der alte Diener.

„Er geleitet mich säubend durch den dunklen Garten nach dem Gittertor, wo der Wagen meiner wartete.“

Mein Doktor Gellin schrie, „Nasse mir meinen Tee kommen, ja! Und schalte das Licht ab.“ Ich möchte erst ein wenig ruhen, ehe ich dir weiter von diesen alten Geschichten erzähle, mein Liebchen!“

Ja, ich erzähle dir über die blaße Wange ihrer Mutter.

Sie brachte den Tee, und nun erfüllte ein roter Schein den kleinen, gemächlichen Raum.

„Zens brachte den Tee, eine Blatte mit belegten Brötchen und einen duftenden Geruch, stierlich mit grünem Salat umlegt.“

„Ja, ich habe den Tee und ich hab ein Fläschchen an das Büchse ihrer Mutter.“

„So, Mutter, nun fahre ich.“ So einen prächtigen Geruch kann nur Zens haben und ich!“

„Lachte ja und ich hab einen Willen nach dem anderen zwischen ihre roten Lippen.“

„Ich hab eine glücklichere Natur als sie selbst, das stand fest. Die traurige Geschichte, die sie ihr eben erzählt hatte, befürchtete ihr Denken nicht.“

„Erst nachdem Zens abgeräumt hatte, nahm Frau Gellin ihre Erzählung wieder auf, die sie mit einer ganz bestimmten Absicht ihrer Tochter heute mitteilte.“

„Ja, sollte an dem Schicksal der Mutter lernen und gelehrt werden, vor einer europäischen Perlebung mit einem Leinwand ohne Verdagen.“ (Fortsetzung folgt.)

Schlank sein heißt jung sein!

Uebermäßige Körperfülle macht alt und leigt das Wohlbefinden herab. Mit Ratzen Ihnen, in der Apotheke 60, 61, Gramm edle Toluba-Kerne zu kaufen, die unmaßstäbliche Stoffe von fettender Wirkung enthalten. Verlangen Sie nur Toluba-Kerne.

